

NIEDERSCHRIFT

über die **11.** Sitzung
des Schul- und Bildungsausschusses
(XVII. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **23.01.2024**
Ort der Sitzung: GV, Zentrum, Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2172)
Navigation: www.rkn.nrw/TR814
Beginn der Sitzung: 17:07 Uhr
Ende der Sitzung: 19:30 Uhr
Den Vorsitz führte: Rainer Schmitz

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Dominique Ling Lindow
2. Frau Sabine Prosch
3. Frau Katharina Reinhold
4. Herr Dr.-Ing. Michael Roemer
5. Frau Petra Schoppe
6. Frau Jutta Stüsgen
7. Frau Birte Wienands

• SPD-Fraktion

8. Frau Birgit Burdag
 9. Herr Christian Föhr
 10. Frau Andrea Jansen
 11. Frau Frederike Küpper
 12. Herr Rainer Schmitz
 13. Herr Johannes Strauch
- Vertretung für Herrn Christian Schmitz

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

14. Herr Elias Aaron Ackburally
15. Frau Anja Runge
16. Frau Petra Schenke

- 47. Frau Ines Manolias
- 48. Frau Claudia Trampen

- **Schriftführerin**

- 49. Frau Ute Ribbe

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	5
2.	Verpflichtung sachkundiger Bürgerinnen und Bürger	5
3.	Kein Abschluss ohne Anschluss Vorlage: 40/3697/XVII/2023	5
4.	Schul- und Schülerstatistik Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 40/3691/XVII/2023	7
5.	Beratung des ausschussspezifischen Haushalts Vorlage: 40/3692/XVII/2023	8
6.	Rechtsanspruch zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter Vorlage: 40/3777/XVII/2024	9
7.	Schulsozialarbeit Vorlage: 40/3694/XVII/2023	11
8.	Mittelumschichtung Kommunalinvestitionsförderungsgesetz Kapitel II, KInvFöG II Vorlage: 40/3695/XVII/2023	11
9.	Mittelumschichtung Digitalpakt Vorlage: 40/3779/XVII/2024.....	12
10.	Errichtung eines Teilstandortes für die Schule am Nordpark Vorlage: 40/3819/XVII/2024	12
11.	Entwicklung der Förderschulen mit Schwerpunkt Geistige Entwicklung Vorlage: 40/3795/XVII/2024	13
11.1.	Entwicklung der Förderschulen mit Schwerpunkt Geistige Entwicklung (Tischvorlage) Vorlage: 40/3877/XVII/2024.....	13
12.	Erhöhung der Zügigkeit von einem Bildungsgang des Berufskollegs Dormagen (Tischvorlage) Vorlage: 40/3851/XVII/2024.....	15
13.	Errichtung zweier Bildungsgänge " Einjährige Berufsfachschule Typ 1 & 2", Schwerpunkt Technik/Naturwissenschaften, gegliedert in die Berufsfelder Physik/Chemie/Biologie" am BBZ Dormagen (Tischvorlage) Vorlage: 40/3853/XVII/2024	15
14.	Mitteilungen	16
15.	Anfragen	16
16.	Bericht der Verwaltung/ Beschlusskontrolle Vorlage: 40/3780/XVII/2024	16

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Vorsitzende des Schul- und Bildungsausschusses, Herr Rainer Schmitz, eröffnete die Sitzung und begrüßte die teilnehmenden Mitglieder des Ausschusses und der Verwaltung. Ebenso begrüßte er die anwesenden Gäste.

Gegen die Feststellung, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig sei, erhob sich kein Widerspruch.

Gegen die Aufnahme der ergänzenden Tischvorlage zu TOP 11.1 sowie den Tischvorlagen zu TOP 12 und Top 13 erhob sich keine Gegenstimme.

2. Verpflichtung sachkundiger Bürgerinnen und Bürger

Protokoll:

Herr Marcel Titzer wurde vom Vorsitzenden Schmitz unter Verlesung der Verpflichtungsformel als sachkundiger Bürger des Schul- und Bildungsausschusses verpflichtet.

Herr Schmitz bittet darum, eine Möglichkeit zu schaffen, die bereits abgelegten Gelöbnisse im Internet abrufen zu können.

3. Kein Abschluss ohne Anschluss Vorlage: 40/3697/XVII/2023

Protokoll:

Herr Kreisdirektor Brügge berichtete über die laufenden Aktivitäten, aktuellen Vorhaben und Ergebnisse der Kommunalen Koordinierungsstelle im Rahmen der Landesinitiative "Kein Abschluss ohne Anschluss – Übergang Schule-Beruf in NRW" (KAoA) im Rhein-Kreis Neuss.

Neben der Vorstellung des vierköpfigen KAoA-Teams zeigte er auf, dass Jugendliche mit den ersten verpflichtend umzusetzenden *KAoA-Standardelementen* wie der Potenzialanalyse, Berufsfelderkundungen und Praktika, viele Praxiseinblicke in die Wirtschaft für eine erste und dann vertiefte, berufliche Orientierung erhalten.

An den Berufskollegs wurden die *Praxisphasen* per Runderlass des Ministeriums für Schule und Bildung vom 24.03.2023 verdoppelt, so dass die Kommunale Koordinierung gemeinschaftlich mehr Praktikplätze eingeworben hat als auch das Coachingprogramm *Übergangslotsen* an den Berufskollegs verankerte.

Online-Tools wie Fachkräfte-für-Morgen.de, 321-fachkraft.de oder Check in-Berufswelt geben Lehrkräften und professionellen Begleitteams an den Schulen weitere Möglichkeiten der Unterstützung.

Weitreichende Hilfestellungen bekommen Jugendliche auch bei der im Dezember 2023 neu gegründeten *Jugendberufsagentur im RKN* mit drei Anlaufstellen in Neuss, Grevenbroich und Dormagen. Vorangegangen waren viele konstruktive Gespräche mit den Städten, den Schulen, den drei Rechtskreisen SGB II, SGB III und SGB VIII sowie der Kommunalen Koordinierungsstelle. Ziel ist es, ein belastbares, transparentes System zu etablieren, das die zuvor parallele Erfassung von Jugendlichen an unterschiedlichen Stellen bündelt und somit der Jugendliche Lösungen für seine unterschiedlichsten Problemlagen aus einer Hand erhält, ohne jedes einzelne Amt aufsuchen zu müssen. Somit begleitet *ein* Ansprechpartner den Jugendlichen bei allen seinen Problemlagen. Der feierliche Akt der Unterzeichnung wurde von den drei vertraglich miteinander kooperierenden Rechtskreisen begangen, begleitet durch den Landrat und den Kreisdirektor selbst. Herr Brügge berichtete, dass eine Einbindung und ein Austausch mit allen Interessierten im Vorfeld der Gespräche durch eine Einladung in den Gare du Neuss am 08.03.2023 ermöglicht und auch prominent wahrgenommen wurde.

Die seit letztem Jahr eingeführte *Verantwortungskette* nimmt nun jeden Jugendlichen in den Blick und bespricht mit ihm/ihr mögliche Anschlussperspektiven. Sollten diese nicht vorliegen, wird der Jugendliche individuell begleitet und gewünschte Anschlüsse gemeinsam verfolgt. Dieses Verfahren ermöglicht erstmals einen kommunalen Überblick über die berufliche Versorgung von Jugendlichen zu erhalten und zielführende Maßnahmen daraufhin zu veranlassen. Sie wird zukünftig eng mit der Jugendarbeitslosenquote korrespondieren und Handlungsfelder gezielt aufzeigen.

Herr Brügge berichtet auf Nachfrage, dass die *Kommunale Koordinierungsstelle des Rhein-Kreises Neuss* zu 40% vom Land NRW und zu 60 % vom RKN finanziert wird. Dem Rhein-Kreis Neuss stehen aufgrund seines Flächenkreises und seiner Schülerzahl insgesamt fünf kofinanzierte Stellen zur Verfügung. Davon werden vier Stellen genutzt, für die jeweils eine Finanzierungspauschale zur Abdeckung von Personal- und Sachkosten in einer gemeinsamen Summe zur Verfügung gestellt wird. Die Leitungsstelle erhält eine monatliche Zuwendung von 7.680 €, die drei Mitarbeitenden jeweils 6.060 €. Summiert man diese monatlichen Pauschalen auf ein Kalenderjahr, so entspricht die anteilige Förderung je Jahr durch das Land 183.859,20 Euro für Personal- und Sachkosten von vier Kolleginnen.

Zur detaillierten Information liegt die gezeigte Präsentation als Anlage bei.

Im Anschluss an den Vortrag bedankte sich Frau Wienands für den ausführlichen Vortrag und merkte an, dass sie das Thema KAOA im Bereich Schule angesiedelt sehe statt in der Wirtschaftsförderung. Frau Jansen und Frau Wienands erkundigten sich nach den Budgetanteilen vom Land und der Kommune und waren außerdem an einer Quantifizierung des Erfolges der Maßnahme interessiert. Herr Brügge erläuterte, dass die Erfolgsmessung sich schwierig gestalten aufgrund unterschiedlicher Maßnahmen und der langen Erfolgsketten.

Frau Schenke erkundigte sich nach der Veranstaltung zur Jugendberufsagentur. Frau Wienands bedauerte, dass die Mitglieder des Ausschusses keine Einladung zur Eröffnung der „Jugendberufsagentur“ erhalten haben.

Auf Nachfrage von Frau Burdag, nach einer Evaluation zur Sinnhaftigkeit für Förderschulkinder, antwortete Frau Trampen, dass Schülerinnen und Schüler der Förderschulen eine individuelle Unterstützung erhalten. Es erfolge auch ein regelmäßiger Austausch mit den Schulleitungen der Förderschulen.

Herr Schmitz dankte Herrn Brügge für die Ausführungen.

SchuA/20240123/Ö3

Beschluss:

Der Schul- und Bildungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

4. Schul- und Schülerstatistik Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 40/3691/XVII/2023

Protokoll:

Herr Schmitz begrüßte Frau Lethen, untere Schulaufsicht für die Förderschulen.

Herr Lonnes verwies auf die Vorlage. Hieraus seien zwei wichtige Nachrichten ableisbar:

1. In den Grundschulen steigen die Schülerzahlen.
2. Folglich werden auch die Zahlen der Schülerinnen und Schüler an Förderschulen steigen.

Frau Jansen stellte fest, dass aufgrund der steigenden Schülerzahlen an den Förderschulen, es erforderlich sei, die Räumlichkeiten und das Haushaltsbudget für Geschäftsausgaben anzupassen.

Herr Lonnes erläuterte am Beispiel der Mosaikschule, dass die Höhe der Haushaltsmittel in Relation zu den Schülerzahlen angepasst werde.

Er erklärte, dass die Förderschulen mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung randvoll seien. Das führe zu einer Belastung vor allem für die Schülerinnen und Schüler und die Lehrkräfte. Daher müsse Abhilfe in Form einer dauerhaften Lösung geschaffen werden und finanzielle Mittel zur Unterstützung bereitgestellt werden.

Der Schul- und Bildungsausschuss fasste einstimmig den folgenden Beschluss

SchuA/20240123/Ö4

Beschluss:

Der Schul- und Bildungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

5. Beratung des ausschussspezifischen Haushalts Vorlage: 40/3692/XVII/2023

Protokoll:

Herr Ackburally verweist auf Seite 222 des Haushaltsplanentwurfs 2024. Hier seien für die Schule am Nordpark 900.000 € für den Grunderwerb und 1.950.000 € für das Gebäude eingestellt. Er bittet um Erläuterung, ob es bereits ein geeignetes Grundstück gibt und wie weit die angegebenen Mittel reichen. Er sei davon ausgegangen, dass ein Konzept vorgelegt wurde, bevor ein Grundstück erworben werde.

Herr Lonnes versicherte, dass die Verwaltung ein Grundstück nur nach einem entsprechenden Beschluss durch die Politik, kaufen wird. Es sei noch keine Entscheidung hierzu getroffen worden.

Herr Lonnes erläuterte, dass die Situation in einem Gesamtzusammenhang zu sehen sei: Durch die Übernahme der Trägerschaft des Theodor-Schwann-Kollegs und den Umzug in das Gebäude in der Paracelsusstraße sei in der Lahnstraße in Neuss ein Schulgebäude frei geworden. Die Verwaltung prüfe, ob eine neue Schule gebaut werden müsse und auch andere Optionen.

Ein Vorschlag zur Gesamtlösung wird durch die Verwaltung erfolgen und verweist darauf, dass die Schulentwicklungsplanung für die Förderschulen mit Schwerpunkt Geistige Entwicklung in dieser Sitzung vorgezogen würde, damit eine Lösung sehr zügig präsentiert werden kann.

Herr Lindow gibt zu bedenken, dass die steigenden Schülerzahlen bei der Überlegung zur Errichtung einer neuen Förderschule zu berücksichtigen seien.

Frau Steiner informierte darüber, dass ein Antrag der Kreistagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen gestellt würde zur Einrichtung von Trinkwasserbrunnen an den Berufsbildungszentren. Diese sollen per Knopfdruck funktionieren und für Schülerinnen und Schüler sowie Mitarbeitende freizugänglich sein. Die Kosten belaufen sich auf 10.000 bis 12.000 € je Brunnen, maximal 48.000 € zuzüglich Wartung von ca. 12.000 € jährlich. Eine halbjährliche Wartung sei notwendig, die Anlage sein sinnvoll, da ein Rückgang von Plastikmüll zu erwarten sei und Schülerinnen und Schüler auch aufgrund der Transporterleichterung mehr Wasser trinken würden.

Auf Rückfrage von Herr Schmitz bestätigte Frau Steiner, dass der Antrag im Finanzausschuss gestellt werde, im Schul- und Bildungsausschuss erfolge keine Abstimmung.

Frau Jansen erkundigte sich, ob die im Ausschuss beschlossene regelmäßige Erhöhung des Taschengeldes für die Bundesfreiwilligen durchgeführt werde.

Herr Lonnes bestätigte, dass dies durch die Verwaltung beachtet werde.

Anmerkung der Verwaltung:

Das Taschengeld für die Bundesfreiwilligen wurde gemäß Beschluss des Kreis Ausschusses am 27.04.2022 von 423 € im Monat auf 438 € ab 01.09.2023 im Monat angehoben. Der monatliche Mehraufwand von 15 € pro Teilnehmer ist durch das Haushaltsbudget gedeckt.

Frau Jansen bat außerdem um Erläuterung zum Budget der Bildungskonferenz, da hier mit 70.000 € eine große Summe in den Haushalt eingestellt worden sei.

Anmerkung der Verwaltung:

Es wurde festgestellt, dass im Haushaltsentwurf die Erläuterungen zu den Kostenarten 52011490 „Bildungskonferenz“ und 52911500 „Qualifizierung OGS-Kräfte“ irrtümlich vertauscht wurden. Das Amt für Finanzen wird gebeten, dies zu korrigieren. Für die

Bildungskonferenz sind somit 25.000 € für die Kosten, die im Rahmen der Veranstaltung am 18.09.2024 entstehen werden, wie z.B. Raummiete, Bewirtung, Referentenhonorare, Materialien, eingeplant.

Ein Betrag in Höhe von 45.000 € soll für die inhaltliche Konzeption und Ausgestaltung sowie Durchführung einer Qualifizierung für Mitarbeitende im Offenen Ganztags zur Qualitätssicherung und -verbesserung in Bezug auf den Rechtsanspruch im Jahr 2026 bereitgestellt werden.

SchuA/20240123/Ö5

Beschluss:

Der Schul- und Bildungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und verweist ihn zur weiteren Beratung in den Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

6. Rechtsanspruch zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter

Vorlage: 40/3777/XVII/2024

Protokoll:

Herr Lonnes verwies auf die Machbarkeitsstudie für die Michael-Ende –Schule, wo der Bedarf am größten sei. Die Machbarkeitsstudie beschreibe 4 Varianten. Seiner Meinung nach sei Variante 4 die Richtige, da das Gebäude der Michael-Ende-Schule in keinem guten Zustand sei. Außerdem würden durch Umsetzung der Variante 4 OGS und Schule in einem Gebäude verbunden.

Frau Manolias trug vor, dass aufgrund des Ganztagsförderungsgesetzes eine Machbarkeitsstudie beauftragt wurde und erläutert mit Verweis auf die Studie in der Sitzungsvorlage die verschiedenen Varianten sowie ihrer Vor- und Nachteile.

Mit Hinweis auf die bestehenden Defizite u. a. im Verwaltungstrakt, die in den Varianten 1, 2, und 3 bestehen blieben, sei auch aus Sicht von Frau Manolias und Herrn Vieten die 4. Variante die richtige, da die notwendige Anzahl und Größe der Klassenräume hergestellt sowie Platz für Verwaltungsräume und ausreichende Anzahl an Betreuungsplätze geschaffen werden könne, eine Hofstruktur entstehen würde, alle Geschosse barrierefrei erreichbar würden. Vorteilhaft sei, auch, dass auf dem Grundstück des Rhein-Kreises Neus und nicht teilweise auf dem Grundstück der Stadt Neuss gebaut werden könne. Frau Manolias machte auf die Notwendigkeit einer Übergangslösung für den Schulbetrieb und den dann abgerissenen Verwaltungstrakt aufmerksam. Bei Variante 4 handele es sich um die zukunftssicherste, wenn auch die teuerste Variante.

Die Kosten in der Machbarkeitsstudie berücksichtigen 20 Prozent Ingenieurleistung, die Verwaltung habe hochgerechnet auf das Jahr 2026, das Jahr der voraussichtlichen Fertigstellung des Baus, 25 Prozent Ingenieurleistung festgestellt.

Herr Vieten erläutert, dass der Verwaltung die Transparenz der Kosten sehr wichtig ist, insbesondere auch der Baunebenkosten, die auch das Brandschutzkonzept enthalten, damit die politischen Gremien eine sachliche Entscheidung treffen könne. Herr Vieten machte darauf aufmerksam, dass es sich noch nicht um eine Entwurfsplanung handele und sich daher die Gesamtkosten sowohl nach oben als auch nach unten ändern könnten.

Frau Runge fragt nach, ob ein Augenmerk auf nachhaltiges Bauen und Flächenoptimierung gelegt wurde und erklärte, dass sie die Barrierefreiheit wichtig finde. Frau Manolias antwortete, dass die Flurzonen zur maximale Platznutzung berücksichtigt werden und erklärte dass, es heutzutage Pflicht sei, Nachhaltigkeitskriterien und gesetzliche Vorgaben wie z. B. die Barrierefreiheit einzuhalten.

Herr Lonnes machte nochmals darauf aufmerksam, dass es sich um eine Machbarkeitsstudie handele und daher zur Energieversorgung noch keine Planung vorliege. Das folge in der Entwurfsplanung.

Auf Nachfrage von Frau Burdag erklärte Herr Budde, dass der Plan mit der Schulleitung abgestimmt sei und dass mit der Umsetzung der Variante 4, die Möglichkeit der pädagogischen Neuausrichtung gegeben sei. Er wünsche sich daher den Umbau nach Variante 4.

Frau Wienands stellte fest, dass die Baumaßnahme eine hohe finanzielle Belastung darstelle, aber nach dem Bericht der Verwaltung und des Schulleiters begründet sei, dass die Variante 4 die zukunftssichere Variante sei. Sie signalisierte Zustimmung zu Variante 4 und appellierte an eine verantwortungsbewusste Nutzung der Haushaltsmittel.

Herr Ackburally erkundigte sich nach weiteren Fördermitteln für die Zukunft, so dass der Gesamtbetrag verringert werden könne. Herr Vieten antwortete, dass alle Fördermittel genutzt würden, die Verwaltung nach weiteren Fördermitteln z. B. für die energetischen Baumaßnahmen suche und verweist nochmals auf die noch folgenden Kostenplanungen im Rahmen der Entwurfsplanung.

Herr Lonnes konkretisierte, dass Fördermittel bereits zur Verfügung gestellt wurden. Die Aufgabe des Landes sei es jetzt, Vorgaben für Qualitätsstandards in ein Gesetz einzubringen.

An der Michael-Ende Schule sei aktuell der größte Bedarf, der Bedarf der anderen Förderschulen würde demnächst etatisiert werden.

SchuA/20240123/Ö6

Beschluss:

Der Schul- und Bildungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss zu beschließen, die Verwaltung mit der Umsetzung der in der Machbarkeitsstudie als Variante 4 dargestellten Maßnahme zu beauftragen, um die erforderlichen 212 Betreuungsplätze an der Michael-Ende Schule innerhalb des

Förderzeitraumes herzustellen. Der Ausschuss bittet die Verwaltung die entsprechenden Haushaltsmittel in der Haushalts- und Finanzplanung bereitzustellen und für die Maßnahme entsprechende Fördermittel zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**7. Schulsozialarbeit
Vorlage: 40/3694/XVII/2023**

Protokoll:

Herr Lonnes berichtet, dass die Übertragung der Schulsozialarbeit bisher reibungslos funktioniert habe.

Auf Nachfrage von Herrn Ackburally erläuterten Herr Lonnes und Frau Heinen-Dauber, dass die Differenz aus Einzahlung und Auszahlung sich dadurch ergebe, dass die Kommune einen Eigenanteil von 20 Prozent aufzubringen habe und das Land einen Zuschuss von 80 Prozent zahle. Außerdem überstiegen die Personalkosten bereits die förderfähigen Gesamtkosten, so dass geltend gemachte Sachkosten unberücksichtigt blieben.

SchuA/20240123/Ö7

Beschluss:

Der Schul- und Bildungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**8. Mittelumschichtung Kommunalinvestitionsförderungsgesetz Kapitel II, KInvFöG II
Vorlage: 40/3695/XVII/2023**

Protokoll:

Herr Lonnes erläuterte, dass für eine Mittelumschichtung die Zustimmung des Schul- und Bildungsausschusses zur Vorlage im Kreisausschuss benötigt werde. Das gelte auch für die Mittelumschichtung zu TOP 9.

Die Maßnahmen wurden mit den Schulen abgestimmt, beide Förderprogramme seien zukunftsfähig. In der Vergangenheit ist die digitale Ausstattung der Schulen in Trägerschaft des Rhein-Kreises-Neuss verbessert worden durch Ankauf entsprechender Sachausstattung, Glasfaser, WLAN, Citrix-Server-Lösung und vielen digitalen Geräten. Zwischen der Planung und den tatsächlichen Kosten sei ein Defizit von 100.000 € entstanden. Dieser Betrag werde in den Haushalt 2024 aufgenommen, sobald die Fördermittel vorliegen.

Nachdem es keine Wortmeldungen gab, fasste der Schul- und Bildungsausschuss einstimmig den folgenden Beschluss.

SchuA/20240123/Ö8

Beschluss:

Der Schul- und Bildungsausschuss empfiehlt, dem Kreisausschuss zu beschließen, dem Änderungsvorschlag zur Verwendung der Fördermittel unter Nr. II zuzustimmen und beauftragt die Verwaltung, entsprechende Anträge bei der Bezirksregierung Düsseldorf einzureichen. Der Ausschuss bittet die Verwaltung, weiterhin den Ausschuss regelmäßig über den Stand der Fördermittel zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

9. Mittelumschichtung Digitalpakt Vorlage: 40/3779/XVII/2024

Protokoll:

Nachdem es keine Wortmeldungen gab, fasste der Schul- und Bildungsausschuss einstimmig den folgenden Beschluss.

SchuA/20240123/Ö9

Beschluss:

Der Schul- und Bildungsausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss zu beschließen, dem Änderungsvorschlag zur Verwendung der Fördermittel unter Nr. II zuzustimmen und beauftragt die Verwaltung, entsprechende Anträge bei der Bezirksregierung Düsseldorf einzureichen. Der Ausschuss bittet die Verwaltung, ihn weiterhin regelmäßig über den Stand der Fördermittel zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

10. Errichtung eines Teilstandortes für die Schule am Nordpark Vorlage: 40/3819/XVII/2024

Protokoll:

Herr Lonnes erläuterte mit Verweis auf die Vorlage, dass die Errichtung eines Teilstandortes für die Schule am Nordpark im Gebäude des Theodor-Schwann-Kollegs in der Paracelsusstraße in Neuss zu einer Entlastung des Hauptstandortes führen soll. Aufgrund der gestiegenen Schülerzahlen sei diese Maßnahme dringend erforderlich, um alle Schülerinnen und Schüler unterzubringen.

Der Schul- und Bildungsausschuss fasste einstimmig den folgenden Beschluss.

SchuA/20240123/Ö10

Beschluss:

Der Schul- und Bildungsausschuss empfiehlt dem Kreistag zu beschließen, dass gemäß § 81 Abs. 2 i. V. m. § 83 Abs. 6 SchulG NRW i. V. m. § 1 Abs. 2 Verordnung über die Mindestgrößen der Förderschulen und der Schulen für Kranke (jetzt: Klinikschulen) (MindestgrößenVO) für die Schule am Nordpark, Förderschule des Rhein-Kreises Neuss mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung – Primarstufe, Sekundarstufen I und II –, Frankenstraße 70, 41462 Neuss, Schulnummer 185917, ab dem 01.08.2024 im Gebäude des Theodor-Schwann-Kollegs, Weiterbildungskolleg des Rhein-Kreises Neuss, Abendrealschule/ Abendgymnasium / Kolleg, Paracelsusstraße 8, 41464 Neuss, Schulnummer 190962, ein befristeter Teilstandort eingerichtet wird. Dieser Teilstandort wird nur solange fortgeführt, bis der für die Schule am Nordpark geplante Neubau fertiggestellt ist und die Schule vollständig dorthin umziehen kann. Sobald der Zeitpunkt für den Umzug absehbar ist, wird der Kreistag über die endgültige Auflösung des Teilstandortes und den Umzug des Schulbetriebs insgesamt an den neuen Standort einen gesonderten Beschluss nach dem SchulG NRW fassen.

An dem Teilstandort Paracelsusstraße 8, 41464 Neuss wird ab dem 01.08.2024 die Berufspraxisstufe der Schule am Nordpark unterrichtet. Die Beschulung der übrigen Klassen erfolgt unverändert am Standort Frankenstraße 70, 41462 Neuss.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

11. Entwicklung der Förderschulen mit Schwerpunkt Geistige Entwicklung

Vorlage: 40/3795/XVII/2024

SchuA/20240123/Ö11

Beschluss:

siehe Top 11.1.

11.1. Entwicklung der Förderschulen mit Schwerpunkt Geistige Entwicklung (Tischvorlage)

Vorlage: 40/3877/XVII/2024

Protokoll:

Herr Lonnes erläuterte, dass aufgrund der ansteigenden Schülerzahlen an den Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung zum 01.08.2024 damit zu rechnen sei, dass die Anzahl der Klassenräume an den drei Schulen insgesamt für den Bedarf nicht ausreichen werden. Daher sei auch bereits ein Gespräch mit allen Beteiligten terminiert um die Situation zum Schuljahr 2024/2025 lösen.

Aufgrund der zu erwartenden Entwicklung der Schülerzahlen bedarf es außerdem einer Perspektive für die Zukunft.

Herr Lonnes erklärte, dass als Lösung nur ein Neubau für etwa 300 Schülerinnen und Schüler in Frage kommt, da an den drei Schulen alle Umbau- und Anbaumaßnahmen ausgeschöpft seien.

Auf Nachfrage von Herrn Schmitz, ob der Tausch der Schulgrundstücke Frankenstraße und Lahnstraße obsolet sei, antwortete Herr Lonnes, dass die Verwaltung zur Zeit prüfe, welche Grundstücke und vorhandene Gebäude für eine große Förderschule geeignet sind. Bis zur Kreistagsitzung am 20.03.2024 werde die Verwaltung diese Frage geklärt haben. Daher sei die Zustimmung des Schul- und Bildungsausschusses notwendig.

In der anschließenden Diskussion wiesen Frau Schenke, Frau Jansen und Frau Burdag auf ihr Recht auf Information hin und baten um genauere Informationen zu den Kosten eines Neubaus, ohne die eine Empfehlung für einen Neubau im Schul- und Bildungsausschuss nicht möglich sei. Die Tischvorlage sei nicht ausreichend informativ.

Frau Wienands setzte entgegen, dass die Zahlen, die aus der Vorlage hervorgingen, für sich sprechen und daher eine adäquate Unterbringungsmöglichkeit für die Schülerinnen und Schüler der Förderschulen mit Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung zu schaffen sei. Ergänzend wies sie darauf hin, dass eine Empfehlung und für einen Neubau und nicht ein Beschluss für einen Neubau abzugeben sei. Daher würde die CDU-Fraktion zustimmen.

Herr Schmitz hielt dagegen, dass die Vorlage einen Beschluss vorsehe, dem er nicht zustimmen könne. Er schlug vor, den Beschluss zu ändern und darüber abzustimmen, mit geeigneten Maßnahmen dem Bedarf der Förderschulen mit Schwerpunkt „Geistige Entwicklung“ gerecht zu werden.

Daraufhin ergriffen Herr Lindow, Frau Fielenbach und Frau Reinhold das Wort. Sie stimmten Herrn Lonnes zu, dass aufgrund der vorgelegten Schülerzahlen, es keine andere Lösung geben könne als den Neubau einer Förderschule. Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass in früheren Sitzungen des Schul- und Bildungsausschusses mehrfach der Neubau einer Förderschule thematisiert wurde und wiederholten nochmal den Hinweis, dass es sich um eine Empfehlung handele und damit der Neubau noch nicht beschlossene Sache sei.

Frau Steiner entgegnete, dass es im Schul- und Bildungsausschuss bisher keine Abstimmung für einen Neubau einer Förderschule gab und ohne die Kenntnisse über die Kosten für einen Neubau eine Zustimmung nicht möglich sei.

Abschließend stellte Herr Lonnes klar, dass der Bedarf vorhanden sei und mit den Bestandsbauten, den bisherigen Umbauten und Containerlösungen nicht gedeckt werden könne. Es müsse eine Perspektive für die Förderschullandschaft aufgestellt werden.

Bis zur Kreistagsitzung im März werde daher eine entscheidungsreife Vorlage bezüglich eines Neubaus, des Standortes und einer Kostenschätzung erarbeitet.

Herr Schmitz fasste zusammen, dass die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen Beratungsbedarf anmelden.

Frau Wienands erklärte für die Kreistagsfraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum, dass auf den Vorschlag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen eingegangen werde.

SchuA/20240123/Ö11.1

Beschluss:

Der Schul- und Bildungsausschuss vertagt den Tagesordnungspunkt wegen Beratungsbedarfs der Kreistagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

12. Erhöhung der Zügigkeit von einem Bildungsgang des Berufskollegs Dormagen (Tischvorlage) Vorlage: 40/3851/XVII/2024

Protokoll:

Herr Lonnes erklärte, dass der Anstieg der Schülerzahlen in dem Teilzeitbildungsgang „Fachklasse des dualen Systems der Berufsausbildung (Chemikant/Chemikantin)“ am Berufsbildungszentrum Dormagen ein erfreuliches Zeichen sei.
Die Zügigkeit des Bildungsgangs solle antragsgemäß von 3 auf 4 erhöht werden.

Frau Wienands begrüßte die Maßnahme.

Der Schul- und Bildungsausschuss fasste einstimmig den folgenden Beschluss.

SchuA/20240123/Ö12

Beschluss:

Der Schulausschuss empfiehlt dem Kreistag gemäß §81 Abs. 2 Schulgesetz NRW zu beschließen, dass mit Wirkung vom 01.08.2024 am Berufsbildungszentrum Dormagen, Willy-Brandt-Platz 5, 41539 Dormagen, Schulnummer 173782, der Teilzeitbildungsgang „Fachklasse des dualen Systems der Berufsausbildung (Chemikant/Chemikantin)“ gemäß APO BK 13-33 Nr.1.1/1.2, Anlage A1, von 3 Zügen auf 4 Züge erhöht wird.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

13. Errichtung zweier Bildungsgänge " Einjährige Berufsfachschule Typ 1 & 2", Schwerpunkt Technik/Naturwissenschaften, gegliedert in die Berufsfelder Physik/Chemie/Biologie" am BBZ Dormagen (Tischvorlage) Vorlage: 40/3853/XVII/2024

Protokoll:

Herr Lonnes verwies auf die Vorlage.

Nachdem es keine Wortmeldungen gab, fasste der Schul- und Bildungsausschuss den folgenden Beschluss.

SchuA/20240123/Ö13

Beschluss:

Der Schulausschuss empfiehlt dem Kreistag gemäß § 81 Absatz 2 Schulgesetz NRW zu beschließen, dass am Berufsbildungszentrum Dormagen, Willy-Brandt-Platz 5, 41539 Dormagen, Schulnummer 173782, zum 01.08.2024 die beiden Bildungsgänge „einjährige Berufsfachschule Typ 1 und Typ 2 mit dem Schwerpunkt „Technik/Naturwissenschaften, gegliedert in die Berufsfelder Physik/Chemie/Biologie“ gemäß APO- BK 13-33 Nr. 1.1/Nr. 1.2, Anlage B1 und Anlage B2, jeweils einzügig, in Vollzeit errichtet werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

14. Mitteilungen

Protokoll:

Herr Schmitz machte darauf aufmerksam, dass zu der Bustour 2 zu den Förderschulen am 19.03.2024 nur 7 Anmeldungen vorliegen. Aufgrund der geringen Anzahl an Anmeldungen schlug er vor, die Bustour in das nächste Halbjahr zu vertagen. Hierüber wurde per Handzeichen abgestimmt. Der Vorschlag wurde mit 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

15. Anfragen

Protokoll:

Herr Schmitz erkundigte sich, ob die vakanten Stellen der IT-Betreuer besetzt werden konnten. Herr Vieten antwortete, dass die Situation sich verschärft habe, es bestehe ein Kampf um die wenigen IT-Fachleute. Eine Studie belege, dass das Defizit noch ansteigen werde.

Nachdem die Ausschreibung dreimal ergebnislos blieb, wolle er ein Gespräch mit dem Landrat führen, um das Problem zu lösen. Nach wie vor wolle er den IT-Support für die Schulen ausbauen.

16. Bericht der Verwaltung/ Beschlusskontrolle

Vorlage: 40/3780/XVII/2024


Protokoll:

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Vorsitzende/r Rainer Schmitz um 19:20 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.



Rainer Schmitz
Vorsitz



Ute Ribbe
Schriftführung